



VORSORGEREGLEMENT

Vorsorgeplan Arbeitnehmer mit mehreren Arbeitgebern (MA)

Gültig ab 01.01.2019

Aus Gründen der Lesbarkeit werden in diesem Reglement nur die männlichen Formen verwendet. Frauen sind selbstverständlich mitgemeint.

Neben den nachstehenden Bestimmungen gelten die Allgemeinen Bestimmungen.

Inhaltsverzeichnis

1. Kapitel	Versicherte Personen	3
Art. 1	Kreis der versicherten Personen	3
Art. 2	Beginn der Vorsorge.....	3
2. Kapitel	Berechnungsgrundlagen.....	3
Art. 3	Versicherter Lohn.....	3
Art. 4	Umwandlungssätze	3
3. Kapitel	Vorsorgeleistungen	3
Abschnitt 1	Im Alter	3
Art. 5	Altersrente	3
Art. 6	Pensionierten-Kinderrente.....	4
Art. 7	Auflösung des Zusatzkontos.....	4
Abschnitt 2	Im Todesfall	4
Art. 8	Ehegattenrente	4
Art. 9	Lebenspartnerrente	4
Art. 10	Waisenrente	4
Art. 11	Todesfallkapital	4
Art. 12	Auflösung des Zusatzkontos.....	5
Abschnitt 3	Bei Invalidität.....	5
Art. 13	Invalidenrente	5
Art. 14	Invaliden-Kinderrente	6
Art. 15	Beitragsbefreiung.....	6
Art. 16	Auflösung des Zusatzkontos.....	6
4. Kapitel	Finanzierung	6
Abschnitt 1	Beiträge	6
Art. 17	Aufteilung der Beiträge und Schuldner	6
Art. 18	Ende der Beitragspflicht.....	7
Art. 19	Beitragssätze	7
Abschnitt 2	Eingebrachte Freizügigkeitsleistung.....	8
Art. 20	Höhe der vollen reglementarischen Leistungen	8
Abschnitt 3	Einkauf in die vollen reglementarischen Leistungen.....	8
Art. 21	Einkauf.....	8
5. Kapitel	Schlussbestimmungen.....	8
Art. 22	Änderung des Vorsorgeplanes	8
Art. 23	Massgebender Text	8
Art. 24	Inkrafttreten.....	8

1. Kapitel **Versicherte Personen**

Art. 1 Kreis der versicherten Personen

In diesem Vorsorgeplan können freiwillig versichert werden:

- a. Arbeitnehmer im Dienste mehrerer Arbeitgeber, deren gesamter AHV-pflichtiger Jahreslohn grösser als der Mindestlohn gemäss Art. 7 Abs. 1 BVG ist;
- b. Arbeitnehmer, die nebenberuflich tätig sind und im Hauptberuf eine selbständige Erwerbstätigkeit ausüben;
- c. Arbeitnehmer mit einem befristeten Arbeitsvertrag von höchstens drei Monaten.

Art. 2 Beginn der Vorsorge

Die Vorsorge beginnt grundsätzlich mit dem Eingang der Anmeldung bei der Stiftung. Der Vorsorgebeginn kann rückwirkend frühestens auf Anfang des letzten Jahres gesetzt werden.

2. Kapitel **Berechnungsgrundlagen**

Art. 3 Versicherter Lohn

- | | |
|--|---|
| Grundsatz | ¹ Der versicherte Lohn entspricht dem koordinierten Lohn gemäss Art. 8 BVG. |
| Bereits versicherte Lohn- bzw. Einkommensteile | ² Lohn- bzw. Einkommensteile, welche bereits nach BVG versichert sind, werden in Abzug gebracht. |

Art. 4 Umwandlungssätze

Die Umwandlungssätze werden im Anhang festgelegt.

3. Kapitel **Vorsorgeleistungen**

Abschnitt 1 **Im Alter**

Art. 5 Altersrente

- | | |
|-----------------------------|---|
| Ordentliche Pensionierung | ¹ Die Altersrente richtet sich nach dem für die versicherte Person im ordentlichen Pensionsalter vorhandenen Alterskontoguthaben und den zu diesem Zeitpunkt gültigen Umwandlungssätzen. |
| Vorzeitige Pensionierung | ² Bei einer vorzeitigen Pensionierung richtet sie sich nach dem für die versicherte Person zu diesem Zeitpunkt vorhandenen Alterskontoguthaben und den nach versicherungstechnischen Grundsätzen verminderten Umwandlungssätzen. |
| Aufgeschobene Pensionierung | ³ Bei einer aufgeschobenen Pensionierung richtet sie sich nach dem für die versicherte Person zu diesem Zeitpunkt vorhandenen Alterskontoguthaben und den nach versicherungstechnischen Grundsätzen erhöhten Umwandlungssätzen. |

Art. 6 Pensionierten-Kinderrente

- Höhe ¹ Die Pensionierten-Kinderrente beträgt 20 % der laufenden Altersrente.
- Scheidungsverfahren ² Der Anspruch auf eine Kinderrente, der im Zeitpunkt der Einleitung eines Scheidungsverfahrens besteht, wird vom Vorsorgeausgleich nach Art. 124 und 124a ZGB nicht berührt.

Art. 7 Auflösung des Zusatzkontos

- Bei Bezug der Altersleistung ¹ Das Zusatzkonto wird bei Bezug der Altersrente bzw. des Alterskapitals aufgelöst und das Zusatzkontoguthaben wird der versicherten Person in Kapitalform ausbezahlt.
- Bei Erreichen des ordentlichen Pensionsalters ² Bei einer aufgeschobenen Pensionierung wird das Zusatzkonto auf Verlangen der versicherten Person frühestens bei Erreichen des ordentlichen Pensionsalters, spätestens jedoch bei Bezug der Altersrente bzw. des Alterskapitals, aufgelöst und der versicherten Person in Kapitalform ausbezahlt.

Abschnitt 2 Im Todesfall

Art. 8 Ehegattenrente

Die Ehegattenrente entspricht:

- a. beim Tod einer aktiven versicherten Person 60 % der versicherten Invalidenrente bzw. 60% der am Todestag versicherten Altersrente;
- b. beim Tod eines Alters- oder Invalidenrentners 60 % der zuletzt ausgerichteten Alters- oder Invalidenrente.

Art. 9 Lebenspartnerrente

Im vorliegenden Vorsorgeplan besteht kein Anspruch auf eine Lebenspartnerrente.

Art. 10 Waisenrente

Die Waisenrente entspricht:

- a. beim Tod einer aktiven versicherten Person 20 % der versicherten Invalidenrente bzw. 20 % der am Todestag versicherten Altersrente;
- b. beim Tod eines Alters- oder Invalidenrentners 20 % der zuletzt ausgerichteten Alters- oder Invalidenrente. Rentenanteile, die im Rahmen eines Vorsorgeausgleichs nach Artikel 124a ZGB dem ausgleichsberechtigten Ehegatten zugesprochen wurden, gehören nicht zur zuletzt ausgerichteten Alters- oder Invalidenrente der versicherten Person. Wurde eine Kinderrente von einem Vorsorgeausgleich nach Art. 124 oder 124a ZGB nicht berührt, so wird die Waisenrente auf den gleichen Grundlagen berechnet.

Art. 11 Todesfallkapital

Das Todesfallkapital entspricht dem am Todestag vorhandenen Alterskontoguthaben.

Von diesem wird eine allfällige Kapitalabfindung an den überlebenden Ehegatten abgezogen.

Art. 12 Auflösung des Zusatzkontos

Anspruchsberechtigte Personen

¹ Das Zusatzkonto wird beim Tod der versicherten Person aufgelöst und das Zusatzkontoguthaben wird in Kapitalform ausbezahlt. Anspruch auf das Zusatzkontoguthaben haben:

- a. der überlebende Ehegatte, die Kinder der versicherten Person, die Anspruch auf eine Waisenrente im Sinne dieses Reglements haben, sowie der geschiedene Ehegatte, sofern die Ehe mindestens zehn Jahre gedauert hat und im Scheidungsurteil eine Rente nach Art. 124e Abs. 1 oder Art. 126 Abs. 1 ZGB zugesprochen wird, welche im Zeitpunkt des Todes noch geschuldet gewesen ist bzw. der geschiedene Ehegatte, dem vor Inkrafttreten des neuen Scheidungsrechts per 1. Januar 2017 eine Rente oder eine Kapitalabfindung für eine lebenslängliche Rente zugesprochen wurde;
- b. bei deren Fehlen die natürlichen Personen, die von der versicherten Person in erheblichem Masse unterstützt worden sind, oder die Person, die mit dieser in den letzten fünf Jahren bis zu ihrem Tod ununterbrochen eine Lebensgemeinschaft mit gemeinsamen Wohnsitz geführt hat oder die für den Unterhalt eines oder mehrerer gemeinsamer Kinder aufkommen muss;
- c. bei deren Fehlen die Kinder der verstorbenen Person, die keinen Anspruch auf eine Waisenrente im Sinne dieses Reglements haben;
- d. bei deren Fehlen die Eltern;
- e. bei deren Fehlen die Geschwister;
- f. bei deren Fehlen die übrigen gesetzlichen Erben unter Ausschluss des Gemeinwesens.

Lebenspartner

² Für die Begünstigung nach Absatz 1 Buchstabe b wird weiter vorausgesetzt, dass beide Lebenspartner unverheiratet und nicht miteinander in einem Grad verwandt sind, nach welchem eine Eheschliessung verboten wäre.

Aufteilung des Zusatzkontoguthabens

³ Sind mehrere Personen anspruchsberechtigt, so wird das Zusatzkontoguthaben zu gleichen Teilen ausbezahlt.

Verfall an die Stiftung

⁴ Fehlen Anspruchsberechtigte nach Absatz 1, fällt das Zusatzkontoguthaben an die Stiftung.

Abschnitt 3 Bei Invalidität

Art. 13 Invalidenrente

Die Invalidenrente richtet sich nach dem Guthaben, welches sich aus

- a. dem Alterskontoguthaben, das die versicherte Person bis zum Beginn des Anspruches auf die Invalidenrente erworben hat, und
- b. der Summe der künftigen Sparbeiträge ohne Zinsen für die bis zum ordentlichen Pensionsalter fehlenden Jahre, berechnet aufgrund des für die versicherte Person zuletzt bei voller Erwerbstätigkeit geltenden versicherten Lohn zusammensetzt, und den für die versicherte Person im ordentlichen Pensionsalter

gültigen Umwandlungssätzen.

Art. 14 Invaliden-Kinderrente

Die Invaliden-Kinderrente beträgt 20 % der laufenden Invalidenrente. Der Anspruch auf eine Kinderrente, der im Zeitpunkt der Einleitung eines Scheidungsverfahrens besteht, wird vom Vorsorgeausgleich nach den Artikeln 124 und 124a ZGB nicht berührt.

Art. 15 Beitragsbefreiung

- Beginn ¹ Die Beitragsbefreiung beginnt nach Ablauf von drei Monaten ab Eintritt der Arbeitsunfähigkeit. Kein Anspruch auf die Beitragsbefreiung besteht, wenn die Arbeitsunfähigkeit nach Erreichen des ordentlichen Pensionsalters eintritt.
- Höhe ² Die versicherte Person hat Anspruch auf die Befreiung:
- a. des vollen Beitrags, wenn sie zu mindestens 70 % arbeitsunfähig ist;
 - b. von drei Vierteln des Beitrags, wenn sie zu mindestens 60 % arbeitsunfähig ist;
 - c. von der Hälfte des Beitrags, wenn sie mindestens zu 50 % arbeitsunfähig ist;
 - d. von einem Viertel des Beitrags, wenn sie mindestens zu 40 % arbeitsunfähig ist.
- Ab dem Zeitpunkt, für welchen die IV einen Invaliditätsgrad festgelegt hat, ist der Anspruch auf die Beitragsbefreiung nicht mehr von dem Arbeitsunfähigkeitsgrad abhängig, sondern von dem von der IV festgelegten Invaliditätsgrad.
- Ende ³ Der Anspruch auf die Beitragsbefreiung erlischt im Zeitpunkt des Ausscheidens aus der Stiftung, spätestens jedoch 12 Monate nach Eintritt der Arbeitsunfähigkeit. Wird die versicherte Person später in einem rentenbegründenden Ausmass von der IV als invalid erklärt, wird die Beitragsbefreiung rückwirkend bis zum Beginn des Anspruchs auf die Invalidenrente erbracht.

Art. 16 Auflösung des Zusatzkontos

Bezieht die versicherte Person eine ganze Rente der IV, wird das Zusatzkonto der versicherten Person in Kapitalform ausbezahlt.

4. Kapitel Finanzierung

Abschnitt 1 Beiträge

Art. 17 Aufteilung der Beiträge und Schuldner

- Akontozahlungen ¹ Die Stiftung stellt der versicherten Person vierteljährlich nachschüssig Akontozahlungen für die Beiträge in Rechnung, wie sie sich auf Grund der Lohndaten des Vorjahres bzw. der gemeldeten voraussichtlichen Jahreslöhne ergeben.
- Definitive Beitragsrechnung ² Zu Beginn jeden neuen Jahres hat die versicherte Person der Stiftung ihre gesamten effektiven Erwerbseinkünfte, welche sie während des abgelaufenen Jahres aus

unselbständiger und aus selbständiger Erwerbstätigkeit erzielt hat, bekannt zu geben; Einkünfte aus Arbeitsverhältnissen hat sie mittels Lohnausweis zu belegen. Auf dieser Grundlage erstellt die Stiftung die definitive Beitragsrechnung.

Beiträge der einzelnen Arbeitgeber

³ Die Beiträge, welche die einzelnen Arbeitgeber der versicherten Person schulden, werden zu Beginn eines jeden neuen Jahres für das vorausgegangene Jahr festgelegt.

Grundlage für die Beitragsberechnung

⁴ Grundlage für die Beitragsberechnung ist der gesamte BVG-pflichtige Jahreslohn, der sich aus der tatsächlich ausgerichteten AHV-pflichtigen Jahreslohnsumme aller Arbeitgeber der versicherten Person ergibt. Dieser BVG-pflichtige Jahreslohn wird im Verhältnis der von den einzelnen Arbeitgebern tatsächlich ausgerichteten AHV-pflichtigen Jahreslöhne aufgeteilt.

Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit

⁵ Wird allfälliges Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit auf Grund von Art. 44 BVG ebenfalls versichert, so wird dieses in die Aufteilung miteinbezogen.

Beitragspflicht des Arbeitgebers, der einen obligatorisch versicherten Lohn ausrichtet

⁶ Der Arbeitgeber, der der versicherten Person einen obligatorisch versicherten Lohn ausrichtet, hat insoweit Beiträge zu bezahlen, als der auf ihn fallende Anteil am gesamten BVG-pflichtigen Jahreslohn höher ist als der versicherte Jahreslohn in seiner für das Obligatorium zuständigen Vorsorgeeinrichtung. Ist der auf ihn entfallende Anteil tiefer, so wird der Anteil der anderen Arbeitgeber entsprechend herabgesetzt.

Beginn der Beitragspflicht der Arbeitgeber

⁷ Die Arbeitgeber schulden der versicherten Person Beiträge erst ab dem Zeitpunkt, in welchem sie über den Beitritt zur freiwilligen Vorsorge informiert wurden.

Bescheinigung der Stiftung

⁸ Die Stiftung stellt der versicherten Person für jeden Arbeitgeber Bescheinigungen aus, welche Auskunft geben über:

- a. den von Arbeitgeber ausgerichteten Jahreslohn, wie er der Stiftung mitgeteilt wurde;
- b. den diesem Jahreslohn entsprechenden Anteil am gesamten BVG-pflichtigen Jahreslohn;
- c. den Beitragssatz in Prozenten des BVG-pflichtigen Jahreslohnes;
- d. den vom Arbeitgeber geschuldeten Beitrag.

Art. 18 Ende der Beitragspflicht

Die Beitragspflicht endet mit dem Tag, an dem die versicherte Person die Altersleistung bezieht, stirbt oder Anspruch auf eine Freizügigkeitsleistung hat. Bei einem Aufschub ergibt sich die Beitragspflicht aus der Tabelle im Anhang.

Art. 19 Beitragssätze

Die Beitragssätze werden in Prozenten des versicherten Lohnes festgesetzt und richten sich nach dem jeweiligen Alter und Geschlecht der versicherten Person. Sie werden im Anhang festgelegt.

Abschnitt 2 Eingebrachte Freizügigkeitsleistung

Art. 20 Höhe der vollen reglementarischen Leistungen

Die Höhe der vollen reglementarischen Leistungen wird im Anhang festgelegt.

Abschnitt 3 Einkauf in die vollen reglementarischen Leistungen

Art. 21 Einkauf

Die Höhe des maximal möglichen Einkaufs wird im Anhang festgelegt.

5. Kapitel Schlussbestimmungen

Art. 22 Änderung des Vorsorgeplanes

Der Stiftungsrat kann diesen Vorsorgeplan jederzeit ändern.

Art. 23 Massgebender Text

Massgebend ist der deutsche Text des Vorsorgeplanes.

Art. 24 Inkrafttreten

Dieser Vorsorgeplan wurde am 13.09.2018 bzw. am 07.12.2018 vom Stiftungsrat verabschiedet. Er tritt am 01.01.2019 in Kraft und ersetzt alle früheren Ausgaben.